

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 59 (1967)

Heft: 5

Artikel: Ungarn nach dem neunten Parteikongress : Theorie und Praxis vertragen sich schlecht

Autor: Schläppi, Bruno

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354283>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Theorie und Praxis vertragen sich schlecht

Es war zu erwarten, daß *Janos Kadar* erneut für vier Jahre zum Ersten Parteisekretär der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns gewählt werde. Schon während meines Aufenthaltes in Budapest vor Monatsfrist waren die Weichen so eindeutig gestellt, daß vorauszu- sehen war, daß er an der Spitze der Partei bleiben würde. Heute aber ist man informiert darüber, daß er, der «immer etwas amtsmüde wirkende Oberschullehrer», vor rund zwei Monaten dem Politbüro seinen Rücktritt angeboten hatte.

Die großen und kleinen Rankowics

Es ist anzunehmen, daß dieser Schritt Kadars einzig einer seiner geschickten Schachzüge war, die ihm bis heute seine Vormachtstellung in der Partei gesichert haben. Weniger wahrscheinlich ist, daß der einzige beim Volke populäre Kommunistenführer den ewiggestrigen Dogmatikern kampflos das Feld räumen wollte. Er selber wußte nur zu gut, daß selbst seine schlimmsten Feinde innerhalb der Partei die Gelegenheit, ihn auf die bequemste Art und Weise abzuhalftern, nicht am Schopfe packen konnten. Das Politbüro bat ihn sogar, nochmals für eine Amtsperiode als Erster Parteisekretär zu bleiben, ob- schon unzähligen «neunmalroten» Funktionären der Gulaschkommunismus ihres «Führers mit dem freundlichen Kummergesicht» schon lange zum Greuel geworden ist. Kadar wurde also wiedergewählt und dürfte mit seinem Schachzug seine Stellung, aber auch seinen eigenen politischen Kurs entschieden gefestigt haben.

Welche «Vergehen» aber werden dem ersten Parteisekretär zur Last gelegt? Die Dogmatiker in den Reihen der Partei erblicken in ihm einen gefährlichen Hasardeur und werfen ihm vor, seine Politik sei gefährlich nahe daran, den Kommunismus zu verspielen. So habe er den kommunistischen Aufbau Ungarns nicht genügend rasch voran- getrieben und das Volk, vor allem aber die Wirtschaftsmanager, nicht fest genug in den Händen, um sie zu guten Sozialisten zu erziehen. Immer und immer wieder machten sich bürgerliche Dekadenzerschei- nungen bemerkbar, gegen die er nicht mit der gebotenen Härte vor- gehe. Indessen sind sich aber auch die unverbesserlichen Dogmatiker im klaren darüber, weshalb sie Kadar bis heute nicht absetzen konn- ten. Zur Politik Kadars gibt es zur Stunde überhaupt keine Alterna- tive, und keiner der Reaktionäre hätte auch nur eine minime Chance, sich beim Volke beliebt machen zu können. Sie wären von allem Anfang an verhaßt und wüßten kaum, wie sie das «unbotmäßige Volk der Ungarn» führen sollten. Ich erinnere mich: vor Jahresfrist waren in Ungarn gerade Säuberungen und Verhaftungen an der

Tagesordnung. Und ebenfalls gingen die Gerüchte von Mund zu Mund, wonach Kadar von *Bela Biszku* und *Zoltan Komocsin* hätte abgelöst werden sollen. Damals waren Hunderte von Ungarn bereit, für den einst von den sowjetischen Panzern an die Macht gekarrten Kadar auf die Straße zu gehen.

Das ungarische Wirtschaftswunder ist vorbei

In der nächsten Zeit dürfte die Position des ersten Parteisekretärs allerdings kaum umstritten sein. Seine Politik hat sich am letzten Kongreß eindeutig durchgesetzt, und seine Kritiker sind verstummt. Janos Kadar selber scheint allerdings in seiner Haut nicht ganz wohl zu sein, und er ist sich dessen bewußt, daß manche der gegen ihn gerichteten Kritiken gerechtfertigt sind, daß die Entwicklung Ungarns zu einer sozialistischen Demokratie, wie sie ihm vorschwebt, stockt und einfach keine Fortschritte machen will. Wohl ist es unter seiner Führung gelungen, dem Volke die notwendigen persönlichen Freiheiten zu garantieren und konnte der Lebensstandard stark angehoben werden. Doch kann er die Augen davor nicht verschließen, daß die ungarische Volkswirtschaft weitgehend brach liegt und ihr Mechanismus nicht mehr ganz funktioniert. Die mehr oder weniger nach jugoslawischem Muster geplante Arbeiterselbstverwaltung konnte nicht einmal in rudimentären Ansätzen verwirklicht werden.

Ungarns politisches Vakuum

So kommt es nicht von ungefähr, daß heute wieder ein schärferer Wind durch Ungarn bläst und die Dogmatiker erneut versuchen, die Schraube anzuziehen. Das erstemal wurden die Ungarn aus ihrer Lethargie aufgerüttelt, als sie vor gut einem Jahr von rigorosen Preiserhöhungen überrascht wurden. Gleichzeitig ging damals eine Verhaftungswelle durchs Land. Sie brachte diejenigen hinter Schloß und Riegel, die zu jener Stunde das Regime zu lautstark kritisiert hatten. Zugleich warnte die Regierung die Bevölkerung davor, nicht allzu offen gegen die allgemeine Teuerung zu rebellieren. Gleichzeitig aber krochen wieder die kleinen «Rakosis», die ewiggestrigen Funktionäre, aus ihren Löchern, die es der «verbürgerlichten» Bevölkerung nochmals zeigen und ihre Machtpositionen nochmals auskosten wollten, bevor ihre Stunde endgültig schlagen würde. So schikanierten Paßbeamte Bürger, die ins Ausland reisen wollten, Grenzbeamte ungarische Touristen auf der Heimreise und Ministerialbeamte Betriebsdirektoren.

So leicht läßt sich indessen die innenpolitische Situation Ungarns auch wieder nicht erklären. Daß Kadars Gegner wieder vorübergehend Oberwasser bekamen, hat seine tieferen Ursachen. Den Betriebsdirektoren größere Kompetenzen einzuräumen und damit eine Schicht von Managern an die Schalthebel der Wirtschaft zu setzen, krei-ert

noch keine dynamische Wirtschaftspolitik, und vermehrte persönliche Freiheiten für das Volk noch keine sozialistische Demokratie. Er erreichte damit höchstens das Gegenteil: Das Volk begann sich – und konnte es erstmals gefahrlos – um die Parteipolitik zu foutieren! Es ist denn auch erstaunlich, wie es die Ungarn heute ausgezeichnet verstehen, die leninistisch-marxistischen Gralshüter und ihre Parolen zu ignorieren. Ihr ganzes Tun und Trachten geht heute dahin, den eigenen Wohlstand zu nähren, so rasch wie möglich zu einem Eigenheim mit Kühlschrank und Televisor zu kommen, sich einen Wagen anzuschaffen... und die Partei leben zu lassen, solange sie selbst einem das Leben nicht vergällt. Einzig von Kadar ist die überwiegende Bevölkerung überzeugt, er werde die verfahrenere und leicht groteske innenpolitische Situation meistern und in erster Linie die Wirtschaft wieder in Schwung bringen. Damit erschöpft sich aber das politische Interesse des Durchschnittsungarn von heute bereits.

Sie selber, die Ungarn, sind nicht bereit, den Parolen der Partei zu folgen, die sie auffordert, endlich besser und rascher zu arbeiten. Es hört sich paradox an, aber es entspricht den Tatsachen: die Ungarn haben den höchsten Lebensaufwand aller sozialistischen Staaten, dagegen die niedrigste Arbeitsproduktivität. Übererfüllten Produktionsnormen stehen unbefriedigte Konsumentenwünsche gegenüber. Obwohl in der Umgebung von Budapest und in den anderen Städten neue Wohnkolonien wie Pilze aus dem Boden schießen, will die Wohnungsnot kein Ende nehmen. Und trotz aller Erfolge des ungarischen Exportes auf den Weltmärkten will sich die Devisenlage des Landes einfach nicht bessern. Auch wird noch immer zuviel Ausschußware produziert, sie stapelt sich gerade in der Textilindustrie zu Bergen und kann nicht verkauft werden. Dessenungeachtet weiß sich die Budapesterin modisch und adrett zu kleiden und steht hierin einer Wienerin kaum mehr nach.

Noch schärfer treten die Widersprüche in der Landwirtschaft auf. Ihr Leistungsniveau stagniert seit langem. Der ungarische Genossenschaftsbauer ist – offiziell festgehalten – drohenhaft faul, auf seiner privaten Hoflandwirtschaft hingegen bienenfleißig. Was die Bauern privat aus ihrem Boden und aus ihrer Viehhaltung herauswirtschaften, reicht heute nahezu aus, die Hälfte des Bedarfs der Nation an Obst, Gemüse, Geflügel und Schweinefleisch zu decken. Die öffentlichen Dienstleistungsbetriebe arbeiten je länger desto schlechter. Die staatlichen Reparaturwerkstätten leisten in der Regel Pfuscharbeit: Eine Wasserleitung, ein Lift werden wochenlang nicht instandgestellt. Doch nach Feierabend wird der «überarbeitete» Handwerker plötzlich lebendig. Flink und behende wird der Radio des Freundes repariert, und es versteht sich von selbst, daß solches keine Kleinigkeit kostet. Der Staat bezahlt ja doch keine höheren Löhne. Der Privatssektor – «Maszek» heißt er – weitet sich zum Leidwesen der Funktionäre immer mehr aus. Die kleinen Handwerker in ihren finsternen

Werkstätten verdienen heutzutage nicht schlecht im sozialistischen Ungarn.

Keine echte Demokratie

Wer das Ungarn von heute unter die Lupe nimmt, fragt sich natürlich automatisch, woher diese politische und wirtschaftliche Interesselosigkeit kommt und warum sich der Ungar einen Deut um den gesellschaftlichen Aufbau kümmert. Sicher können diese Erscheinungen mit dem Mangel an politischen Freiheiten und Rechten nicht hinreichend erklärt werden. In erster Linie ist es der schwerfällige Wirtschaftsapparat und die nun schon Jahre dauernde öde Gleichmacherei in der Lohnpolitik, die das materielle Interesse des einzelnen haben erlahmen lassen. Dessenungeachtet muß einmal mehr an erster Stelle vermerkt werden, daß die durch das Kadar-Regime geschaffenen demokratischen Einrichtungen versagt haben, daß gerade in den Betrieben keine Demokratie vorhanden und das Problem der Arbeiterselbstverwaltung an dem zu Ende gegangenen Parteikongreß erneut ernsthaft durchberaten worden ist. Dazu erklärte mir ein Mitarbeiter der literaturkritischen Zeitschrift «Nagyvilág»: «Von einer sozialistischen Demokratie ist in Ungarn – wie übrigens ja in ganz Osteuropa – noch nicht sehr viel zu verspüren. Zwar hat das Volk seine kulturellen und persönlichen Freiheiten vollständig zurück-erhalten, jedermann rechnet das dem Regime Kadar hoch an. Auch kann es seiner politischen Meinung in Leserbriefen Ausdruck geben und auf Irrtümer und Fehler hinweisen, die im öffentlichen Leben tagtäglich passieren. Unsere Journalisten genießen heute einen weitgehenden Informationsschutz. So können sie Übelstände in der Verwaltung und in den Betrieben aufdecken, ohne daß ihnen ein verantwortlicher Funktionär nachstellen kann.

Auch haben die Betriebsräte eine gewisse Möglichkeit, die Vorgänge im Betrieb zu überwachen, soziale Verbesserungen vorzuschlagen und – sagen wir einmal – einen korrupten Betriebsdirektor an den Pranger zu stellen. Einen bestimmten Einfluß auf die Wirtschaftsführung des Betriebes – wie in Jugoslawien zum Beispiel – vermögen sie aber nicht auszuüben. Höchstens gelingt es einmal einem mutigen Bürger, in einer Wählerversammlung einen besonders mißliebigen Kandidaten von der Wahlliste streichen zu lassen. Damit aber haben sich die Möglichkeiten unseres Volkes zur politischen Betätigung erschöpft. Die politischen Zielsetzungen und die politische Willensbildung sind allein dem ZK der USAP vorbehalten; auch die politischen Rechte des Parlamentes sind stark beschnitten.» Und zum Schluß gibt er seiner Überzeugung Ausdruck: «Davon rührt die politische Abstinenz her!»

Kadars schwieriger Weg

Die Politik Kadars hat aus naheliegenden Gründen auf dem Weg zur sozialistischen Demokratie innegehalten. Einer Partei, welche die

alleinige Macht im Staate ausübt, sind im Bestreben, demokratische Verhältnisse zu schaffen, enge Grenzen gesetzt: hätte sie den eingeschlagenen Weg konsequent weiterverfolgt, so hätte sie schließlich sehr rasch die Revolution und in erster Linie ihre eigene Vormachtstellung aufs Spiel setzen müssen.

Die Resultate des Parteikongresses

Trotzdem aber weiß die ungarische Führung – wie übrigens alle sozialistischen Regime –, daß sie nur den Weg der Demokratisierung gehen kann, will sie die aufgehäuften innenpolitischen Probleme und vor allem die ökonomischen Aufgaben nicht noch länger anstehen lassen. Der ungarische Parteikongreß ist in dieser Richtung einen kleinen zögernden Schritt weitergegangen. Erstens hat er ein neues Wahlgesetz geschaffen: Hinfort zählen die ungarischen Wahllisten mehr Kandidaten, als gewählt werden können. Das ist für eine «sozialistische Demokratie» eine unerhörte Errungenschaft. Ebenfalls wird im Gesetz verankert, daß die Wählerversammlungen zukünftig vermehrt «wilde», parteilose Kandidaten aufstellen können. Zweitens haben die ungarischen Ökonomen grünes Licht für ihre Reformen erhalten, die die brachliegende ungarische Volkswirtschaft wieder ankurbeln sollen. Bekanntlich konzipiert das neue ökonomische Modell – es ist etwa mit dem der Tschechoslowakei zu vergleichen – die Wiedereinführung marktkonformer Verhältnisse. So sollen sich die Betriebe der Gebrauchsgüterindustrie wieder gegenseitig konkurrenzieren. Und drittens soll der Pflichtenkreis der Gewerkschaften verändert werden. Die Gewerkschaften haben sich nicht mehr darauf zu konzentrieren, die Werktätigen zur Erfüllung des Plansolls anzuspornen, sondern künftig wieder die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter gegenüber den nun selbständig werdenden Betrieben zu vertreten!

Und die Zukunft...?

Damit dürfte Janos Kadar den Weg vorsichtig weitergehen, den er eingeschlagen und vorgezeichnet hat: Demokratisierung, ohne die Vorherrschaft der Partei antasten zu müssen. Daß mit den Wirtschaftsreformen die Planung und Leitung in den Betrieben zusehends demokratisiert werden kann, ist nicht einmal von der Hand zu weisen. Die Frage ist vorläufig nur die, wie Kadar die Reformen verwirklichen will. Seine unzähligen Gegner – die ewiggestrigen Funktionäre, die um ihre Macht bangen und die ja nicht immer schweigen werden – suchen sie schon heute zu verwässern, und das Volk steht ihnen seltsam gleichgültig gegenüber. Man versteht gerade der Reformen wegen nicht, warum der Ungar sich zur Stunde so wenig Rechenschaft über die politische Lage im Land und in erster Linie über die Auseinandersetzungen innerhalb der Partei ablegt. Gerade das neue Wirtschaftsmodell könnte ihm die ersten richtigen Ansätze zur Demokratie ver-

mitteln, vor der die alten Parteihasen so unheilvolle Angst bekunden. Aber eben, die Reform zwingt ihn auch wieder, mehr und rascher zu produzieren. Ob dort seine Gleichgültigkeit begraben liegt?

Sie ist heute schwer zu übersehen und zu verstehen, die Situation in Ungarn. Einzig, daß Theorie und Praxis sich nur schwer vertragen, beweist das ungarische Beispiel bestens. Einer politisch zu gleichgültigen Bevölkerung steht eine Partei gegenüber, die einen Weg zu gehen gezwungen ist, der ihr an einem gewissen Punkt die Macht kosten könnte – den Weg zur Demokratie. Und Kadars Getreue befinden sich wie alle kommunistischen Parteien in einem Dilemma: Sie sind gezwungen, diesen Weg weiter zu verfolgen, anders können sie die Bevölkerung an den Staatsgeschäften nicht mehr interessieren.

Bruno Schläppi, Zürich

Von der «Roten Revue» zum «Profil»

Seit Januar dieses Jahres hat die im 46. Jahrgang erscheinende und von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz herausgegebene Monatsschrift «Rote Revue» ihren Namen wie auch ihr Äußeres geändert beziehungsweise modernisiert. Ein neues, graphisch gut gelungenes Gewand verschafft der neuen/alten Zeitschrift ein gefälliges, dem heutigen Geschmack Rechnung tragendes Kleid. Sicher wird sich kaum jemand an dieser Änderung stoßen, denn in den fast 15 Jahren seit der letzten äußeren Umgestaltung ist die Graphik ganz neue Wege gegangen, und der Umschlag der «Roten Revue» wirkte auf viele Leser etwas antiquiert. Umstrittener dürfte die Namensänderung sein. Doch was der aktive, immer wieder die ernsthafte Diskussion um die Grundsätze des Sozialismus suchende Redaktor, Dr. Richard Lienhard, zur Begründung dieser Änderung in seiner Einleitung zu Heft 1/1967 ausführt, hat etwas Bestechendes an sich, was bestimmt manche Zweifler und Kritiker zum Nachdenken und in der Folge zu einer verspäteten Zustimmung bewegen wird. Doch lassen wir Richard Lienhard mit einigen Sätzen selbst zu Worte kommen:

«„Revue“ war ohnehin nie die geeignete Bezeichnung für eine auf die Zukunft gerichtete politische Schrift; denn „Revue“ heißt nicht Vorschau, sondern Rückblick. Dazu kommt, daß das Wort „Revue“ durch den Markt deutscher Illustrierter eine offensichtliche Abwertung erfahren hat. Fällt somit der Abschied von der „Revue“ nicht schwer, so läßt sich höchstens noch fragen, wie der Verzicht auf das Adjektiv zu verstehen sei. Hier können wir uns mit dem Hinweis auf die Binsenwahrheit begnügen: auf die Etikette kommt nichts an. Entscheidend ist allein, wie unsere Monatsschrift inhaltlich gestaltet wird. Und in dieser Hinsicht können wir unseren Lesern und vor allem unseren politischen Gegnern versichern: wir werden auch weiterhin „rot“ schreiben. Abschied von der „Roten Revue“ heißt nicht Abschied und auch nicht Urlaub vom Sozialismus.»